

Damit WIR entscheiden können!

**Kein Geld der Stadt Linz für die A26-Bahnhofsautobahn!
Ja zur Klimafreundliche Verkehrswende!**

„Soll die Stadt Linz Zuzahlungen & Beihilfen zu Autobahnprojekten, welche auf Linzer Stadtgebiet verlaufen, einstellen und stattdessen die Mittel für eine Verkehrswende zugunsten klima- und umweltfreundlicher Mobilität einsetzen?“

*optional

Kontakt
www.facebook.com/xxxx | www.xxxxx.at

NAME INITIATORINNEN???

**KEIN GELD DER STADT LINZ FÜR DIE
A26-BAHNHOFSAUTOBAHN!
JA zur klimafreundlichen Verkehrswende!**



KEIN GELD DER STADT LINZ FÜR DIE A26-BAHNHOFSAUTOBAHN!

JA zur klimafreundlichen Verkehrswende!

WORUM GEHT ES?

Ab 2024 soll die sog. „Bahnhofsautobahn“ errichtet werden, der zweite und mit Abstand teuerste Teil der A26-Westring-Autobahn. Durch diese Autobahn würden – nach Angaben der ASFINAG – **täglich zusätzlich 30.000 Autofahrten** über einen Tunnel durch den Freinberg ins Linzer Stadtzentrum geleitet. Das bedeutet: **Mehr gesundheitsschädliche Abgase und Feinstaub, mehr klimaschädliche Treibhausgase, mehr Lärm und weniger Lebensqualität.** Die Kosten für das gesamte Westring-Projekt haben sich seit den ersten Planungen bereits verdreifacht. Derzeit sind es bereits **743 Millionen Euro**, in der Endabrechnung ist wohl **über eine Milliarde** realistisch. Das entspricht mehr als dem 3.000-Fachen des jährlichen Linzer Radfahrbudgets. Obwohl das Budget der Stadt Linz schon sehr angespannt ist, will die Stadt 5 Prozent der Kosten zahlen, das sind derzeit rd. **37 Millionen Euro** – und kann noch deutlich mehr werden.



NOCH IST ES NICHT ZU SPÄT!

Mit **6.100 Unterschriften** können wir eine **Volksbefragung** erreichen, bei der die Linzerinnen und Linzer selbst abstimmen können, ob sie diese Steuermillionen für ein Steinzeitprojekt wie die Stadtautobahn vergeuden oder zukunftsorientiert für eine umwelt- und klimafreundliche Verkehrswende einsetzen werden. Also **Vorrang für Bahn, Bus, Bim, Rad und Fuß.** Wenn wir Linzerinnen und Linzer in einer Volksbefragung dazu **JA** sagen, ist das auch eine unmissverständliche Aufforderung an den Bund, auf den Bau der A26-Bahnhofsautobahn zu verzichten und stattdessen Linz bei der Umsetzung der Verkehrswende zu unterstützen. Eine solche Verkehrswende soll es Autofahrerinnen und Autofahrer ermöglichen, auf sichere, stressfreie, günstigere, gesündere, umwelt- und klimafreundliche Formen der Mobilität umzusteigen. **Ja zu Klima- und Naturschutz!**



Plan Quelle Asfinag; Fotomontage xxxxx

6 GUTE GRÜNDE FÜR EIN LINZ OHNE BAHNHOFSAUTOBAHN

GESUNDHEIT & LEBENSQUALITÄT

Mit der geplanten Autobahn wird das Bahnhofsviertel zur Verkehrshölle. Die Abgase aus dem Autobahntunnel werden in die angrenzende Umgebung geleitet. Leidtragende sind die Tausenden Menschen, die dort arbeiten und wohnen.

KLIMASCHUTZ

Der Autoverkehr ist einer der Hauptverursacher klimaschädlicher Treibhausgase. Es ist unverantwortlich, in Zeiten des drohenden Klimakollaps noch Autobahnen zu bauen. Der Autobahntunnel verschlingt den Stromverbrauch einer Kleinstadt.

STRASSEN SÄEN = VERKEHR ERNTEN

Das bestätigen bis jetzt alle Erfahrungen und wissenschaftlichen Untersuchungen. Die Bahnhofsautobahn wird zusätzlich zehntausende Autofahrten täglich in die Stadt schleusen. Staus werden nicht vermieden, sondern mitten ins Stadtzentrum verlagert.

VERKEHRSWENDE JETZT!

Die klima- und umweltfreundlichen Alternativen zum Autobahnbau liegen auf der Hand: Vorrang für den Öffentlichen Verkehr, Förderung von Radfahren und Fußgehen sowie eine Raumplanung, die mithilft, unnötigen Verkehr von vornherein zu vermeiden.

AUTOVERKEHR IST INEFFIZIENT

Der Autoverkehr ist die ineffizienteste Mobilitätsform, welche unverhältnismäßig viel Platz verbraucht. Auf der Breite eines Fahrstreifens können innerhalb einer Stunde mit dem Auto 2.000 Menschen transportiert werden, mit der Straßenbahn 22.000.

MEHR JOBS DURCH ÖFFIS-AUSBAU

Studien des Verkehrsministeriums haben ergeben, dass 60 bis 80% mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn dieselbe Summe in den Ausbau der Infrastrukturen des Öffentlichen Verkehrs statt in den Bau von Autobahnen investiert wird.